31. Jan. 2020

Streit über Entlastung vom Straßenverkehr

ENKENBACH-ALSENBORN: Verkehrsgutachten plädiert für Westtangente – Ratsmehrheit gegen SPD und Grüne

VON JOACHIM BAADTE

Wortgefechte zum Thema Verkehrsentlastung haben sich in der Sitzung des Gemeinderates Enkenbach-Alsenborn am Mittwochabend Gegner und Befürworter der Ortsumfahrung West vor großer Besucherkulisse geliefert.

Grüne und SPD kritisierten das Gutachten und favorisierten prinzipiell eine Reduzierung des Straßenverkehrs. Die Fraktionen von CDU, FWG und FDP folgten dagegen dem Vorschlag von Ortsbürgermeister Jürgen Wenzel (CDU) und beschlossen mit ihrer Mehrheit das Einbringen des Gutachtens in das Verfahren.

Der Ortsbürgermeister stellte zunächst fest, dass nach den Untersuchungen der Gutachter die Ortsdurchfahrten von Baalborn und Mehlingen durch den Bau der Ortsrandstraße-West keinen merklichen Zusatzverkehr erfahren würden. Die neue Umgehungsstraße stelle den Lückenschluss zwischen der L382 und der L395 dar. Sie biete damit in Verbindung mit der bereits bestehenden Umgehungsstraße im Süden und Südosten von Enkenbach eine attraktive Alternative zur Ortsdurchfahrt. „Damit wird es eine Entlastung des Ortszentrums um mindestens 2320 Fahrzeuge am Tag geben", resümierte Wenzel.

„Mehr Verkehrslärm auf anderen Straßen"

Der Ortsbürgermeister hob außerdem die Feststellung der Gutachter hervor, dass für die „Quell- und Zielverkehre" im westlichen Bereich von Enkenbach die neue Umgehungsstraße eine schnellere Alternative darstellen und somit die Ortsdurchfahrt entlasten könne. Insgesamt würden nach den Berechnungen der Fachleute durch die Ortsrandstraße-West 5,84 Tonnen CO_2-Emission pro Jahr eingespart.

In Enkenbach wird der Verkehr zur A6 durch den Ortskern geleitet. Ortsbürgermeister Wenzel sieht eine Entlastung dieses Bereichs, wenn eine Westtangente gebaut würde. Die Grünen und die SPD befürchten dadurch eher insgesamt mehr Verkehr, da so das Autofahren attraktiver würde. Zudem müsste ein Teil des Waldes weichen. FOTO: VIEW

„Ich gehe nicht auf die Schönrechnerei ein, die wir präsentiert bekommen haben", meinte Christine Braun-Schilling (Grüne). „Mir liegen auch andere Zahlen vor." Eines müsse aber ganz klar sein. Die vom Ortsbürgermeister angenommenen 2320 Fahrzeuge seien ja nicht einfach weg, sondern sie seien auf anderen Straßen unterwegs. Das bedeute, dass in Zukunft zusätzlich noch die Einwohner am westlichen und südwestlichen Ortsrand von Enkenbach mit Verkehrslärm oder mehr Verkehrslärm leben müssten.

Es müsse darauf hingewiesen werden, dass der ortsnahe Wald einen hohen Wert habe. Das Forstamt Otterberg formuliere dies so in den Ausführungen zum Flächennutzungsplan. Jetzt solle dort eine Straße her. Allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass der Verkehr einer der größten Verursacher von Treibhausgasen sei. Die Pariser Klimaziele rückten in immer weitere Ferne, wenn das Autofahren immer attraktiver gemacht werde. „Hier eine Umgehungsstraße, dort viele neue Parkplätze, damit auch jeder seine fünf Brötchen am Sonntagmorgen nach Hause fahren kann", sagte Braun-Schilling.

Die Entlastung vom innerörtlichen Straßenverkehr durch die Westtangente dürfe nicht auf Kosten des für die Naherholung wichtigen Waldes gehen, warf Ralf Töpfer (SPD) ein. Auch solle dort Gewerbe angesiedelt werden. Die Emissionen würden, wenn Wald fehle, mit dem Westwind ins Dorf getragen. Goswin Förster (FDP) sowie Bernd Spangenberger (FWG) wiesen im Gegensatz zu ihren Vorrednern darauf hin, dass schon seit 30 Jahren über eine Entlastung der Bürger durch die westliche Umgehung geredet werde. Sie müsse nun kommen, um den Ortskern zu beruhigen und umzugestalten.

Mit 13 Ja- und bei sieben Nein-Stimmen beschloss der Rat am Ende, das Verkehrsgutachten Ortsrandstraße-West in das Flächennutzungsplan-Verfahren einzubringen.